

Streckung des Kartoffel-Saatgutes.

10 Millionen Zentner Saatkartoffeln nötig.

Zu einer lebhaften Aussprache über die Sicherung der künftigen Kartoffelernte kam es heute vormittag im Reichstagenhaus, wo unter Vorsitz von Geh. Regierungsrat Dielesfeldt, des Generalsekretärs des Zentralverbandes deutscher Arbeiter- und Schreber-Gärten, Vertreter von Kommunalverbänden, städtischen Kleingärtnern und Gärtnereien, tagten. Es handelte sich vor allem um die Frage des Kartoffelanbaus in Kleingärten. Geheimrat Dielesfeldt hob in seiner Ansprache hervor, daß man das Kartoffel-Saatgut strecken müsse, für die Landwirtschaft im großen bei den Beste immer noch die Saatkartoffel (die Knolle). Aber für die Kleingärten müsse man auf anderen Ersatz sinnen. Es gelte nun die besten Streckungsverfahren auszuwählen.

Gärtnereibesitzer Sperling-Grovesmühlen erörterte dann kurz das Keimlingsverfahren, bei denen die Keimlinge aus der Saatkartoffel herausgeschnitten werden und die entkeimte Kartoffel später noch zur Nahrung verwandt werden kann.

Regierungsrat Arnoldi, Vertreter der Reichs-Kartoffel-Stelle, führte aus, daß seine Behörde alle Pläne, die auf eine Streckung des Saatgutes ausgehen, sehr wohlwollend gegenüberstehe. Wenn auch die Reichs-Kartoffel-Stelle genau genommen, sich nur mit der Beschaffung mit Speise- und Fabrik-Kartoffeln zu befassen habe und ein besonderer Ausschuss für Pflanzkartoffeln bestünde, so kümmere sich natürlich die Reichs-Kartoffel-Stelle sehr gelegentlich um die Frage der Beschaffung der Saatkartoffeln. Wie groß überhaupt der Bestand an Kartoffeln ist, ist noch eine ungelöste Frage. Nützig haben wir zehn Millionen Zentner Saatgut, das jetzt sind erst 4,2 Millionen Zentner vorhanden. Man wird den Schrebergärten auch einiges Saatgut zukommen lassen, aber die Hauptsache ist doch die Beschaffung von Saatgut auf andere Weise.

Nachdem Garteninspektor Naasch-Lübeck ausgeführt hat, daß in Lübeck bereits die Vermehrung der Kartoffeln aus Keimlingen praktisch erprobt ist, wies städtischer Gartendirektor Broderfen-Berlin darauf hin, daß Eile not tue, in fünf Wochen müsse man mit Pflanzen beginnen, und erörterte das Stecklings- und Keimlings-, Samen-, Schnitt-Verfahren. Den Kleingarten-Besitzern muß das notwendige Saatgut auf jeden Fall verschafft werden, die Kartoffelernte von Landflächen unter einem Morgen Größe darf für die Volksernährung nicht unterschätzt werden. Jedes Auge, das in der Kartoffel sieht, muß zur Saat herangezogen werden. Aber man muß auch den Kleingärtnern entgegenkommen. Die Leute müssen wissen, daß sie die Kartoffeln, die sie bauen, auch behalten dürfen. Die Berliner können doch nicht auf dem Potsdamer oder Leipziger Platz Kartoffeln anbauen, und wenn sie es im Niederbarnimer Kreis oder Treptow tun, dann soll man ihnen auch erlauben, ihre Kartoffeln in Berlin zu verzehren.

Regierungsrat Arnoldi verspricht, daß die Schrebergärten-Besitzer zu ihrem Recht und ihren Kartoffeln kommen sollen. Von dem Ausfuhrverbot wird man im kommenden Jahr nach Möglichkeit Abstand nehmen. In der weiteren Aussprache wird betont, daß der deutsche Gartenbau sich endlich mühe, der Kartoffelnot abzuhelfen. Das Keimlingsverfahren sei für den nichtgärtnerisch Vorgebildeten leichter auszuführen, während das Stecklingsverfahren reichere Erträge verspreche.